

1557/J

der Abg. Dr. Pumberger, Dr. Povysil, Mag. Haupt, Dr. Salzl  
an die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz  
betreffend Creutzfeldt-Jakob-Syndrom

Dem Erstunterzeichner ist bekannt, daß von einer am 18.8.1996 verstorbenen  
und im Bezirk Eferding begrabenen Frau am 16.7.1996 ein neurologischer  
Befund erstellt wurde, in dem u.a. steht:

„In Zusammenschau mit dem klinischen Verlauf ist diff.-diagnost. neben  
einer atypisch verlaufenden senilen Demenz vom Alzheimer-Typ auch an eine  
spongiöse Enzephalopathie zu denken.“

Trotz dieser brisanten Verdachtsdiagnose wurde die Patientin ohne Obduktion  
begraben.

Am 23.8.96, einen Tag nach dem Begräbnis, meldete der Erstunterzeichner  
diesen Sachverhalt dem zuständigen Landessanitätsdirektor von Oberösterreich.  
Dieser antwortete am 29.8.1996 brieflich, er habe, da es auch in seinem  
Interesse liege, Fälle an subakuter spongiformer Enzephalopathie möglichst  
lückenlos zu erfassen, nach Erhalt dieses Schreibens "in mehreren Richtungen  
Erhebungen eingeleitet". Über Art und Umfang dieser Erhebungen wurde nichts  
mitgeteilt. Die Verstorbene liegt jedenfalls noch immer unberührt in ihrem  
Grab.

Am 22.10.1996 erfolgte eine erste Reaktion: die Bezirkshauptmannschaft  
Ried im Innkreis schickte ein Rundschreiben an alle Ärzte des Bezirks  
sowie an die Leitung des Krankenhauses Ried im Innkreis und legte die  
Erläuterungen des BMGK vom 29.4.1996 betreffend Meldepflicht für subakute  
spongiforme Enzephalitiden bei.

An dem Fall der bedauernswerten J.F. aus St.M. kann somit gezeigt werden,  
die angeordnete Meldepflicht alles andere als lückenlos befolgt wird.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin  
für Gesundheit und Konsumentenschutz die nachstehende

A n f r a g e .

1. Ist Ihnen bekannt, welche Erhebungen der Landessanitätsdirektor von  
Oberösterreich im Fall J.F. aus St.M. hinsichtlich des Verdachtes auf  
subakute spongiforme Enzephalopathie eingeleitet und durchgeführt hat ?
2. Ist Ihnen bekannt, warum die Bezirkshauptmannschaft Ried im Innkreis  
erst im Oktober 1996 Ihre mit 29.4.1996 an die Landesregierungen adres-  
sierte Aufforderung zur Beachtung der Meldepflicht per Rundschreiben an  
die Ärzte des Bezirks versendet ?
3. Welche Erklärung haben Sie für den Umstand, daß der Leiter des Erfassungs-  
zentrums für menschliche Prionenerkrankungen am AKH noch am 27.8.96 im  
"Kurier" bekanntgibt, es gebe in Österreich noch keine Verdachtsfälle  
der neuartigen CJ-Erkrankungen, obwohl die Verdachtsdiagnose der Patientin  
J.F. vom 16.7.1996 datiert ?

4 . Welchen Sinn macht die von der EU in die Wege geleitete , kostspielige und nahezu lückenlose Erfassung und Weiterverbreitung von Gesundheitsdaten , wenn die obligaten Meldungen einschlägiger Krankheiten unterbleiben ?